

nicht. Das übernahmen dann andere, wie zum Beispiel der frühere Bundesminister und jetzige Oppositionsführer in Schleswig-Holstein, Engholm, der einen verbindlichen Zeitplan für die Abschaltung der Kernkraftwerke forderte. Für die Entsorgung wird die direkte Endlagerung der Brennstäbe gefordert. Der SPD-Spitzenkandidat in Niedersachsen, Schröder, unterstützte das, machte jedoch die Einschränkung, daß der Salzstock im niedersächsischen Gorleben ungeeignet sei. Die Energielücke soll durch Energiesparen, durch alternative Energien und durch die Kohle geschlossen werden. Über die Umweltgefahren, die damit verbunden sind, wurde nicht geredet. Ablehnung zeigte sich nicht nur gegenüber der Kernenergie; die Skepsis der Genossen richtet sich auch gegen die Chemie.

② Durch Investitionen soll nicht nur die Umweltqualität sondern auch die Beschäftigung verbessert und die Arbeitslosigkeit verringert werden. Farthmanns These, daß die Arbeitslosigkeit nicht durch Marktsteuerung sondern nur durch verstärkte staatliche Investitionen bekämpft werden könne, fand allgemeine Zustimmung.

Die SPD nähme es in Kauf, wenn dadurch die Staatsquote wieder stiege. An Geld dafür fehle es nicht, meinte zum Beispiel Farthmann. Man müsse es eben jenen wegnehmen, die es nicht für produktive Investitionen einsetzen.

Das vorgesehene Beschäftigungsprogramm soll durch eine Ergänzungsabgabe zu Lasten der Beserverdienenden, durch eine Energieabgabe und andere die Umweltverbesserung steuernde Abgaben finanziert werden. Der Abbau der hohen Steuerquote gehört jedenfalls nicht zum Konzept der SPD. Sie will, wenn sie die Mehrheit gewinnt, die zweite Stufe der Steuerentlastung, die für 1988 beschlossen ist, verändern. Die Entlastung soll auf die kleinen und mittleren Einkommen konzentriert

werden, was zwangsläufig zu einer Verschärfung der Progression im oberen Tarifverlauf führen müßte. Es gibt aber auch Stimmen, die sich generell gegen steuerliche Entlastungen wenden. Konsens besteht wohl nur über die Forderung nach Erhöhung der Grundfreibeträge, nach Verlängerung der proportionalen Eingangsstufe des Steuertarifs, die Abschaffung des Kinderfreibetrages und, damit verbunden, die Erhöhung des Kindergeldes.

③ Die SPD meidet bis zur Wahl den Streit über die Rolle des Marktes. Man bekennt sich nicht offen zur Marktwirtschaft, man lehnt sie aber auch nicht so kategorisch ab wie Farthmann. Beifall findet die Forderung, daß der Staat durch eine verschärfte Fusionskontrolle und Entflechtungsregelungen den Wettbewerb sichern wolle. Eine Politik der Verbesserung der Angebotsbedingungen, wie sie vom Sachverständigenrat befürwortet und von der Bundesregierung betrieben wird, begegnet großer Skepsis, auch wenn Karl Schiller die SPD dazu aufforderte, sich doch eine „Angebotspolitik des langen Atems“ zuzutrauen. Die keynesianischen Instrumente der Globalsteuerung hätten nach wie vor ihre Bedeutung für die Konjunktursteuerung; gegenwärtig gehe es aber vor allem um die Anpassung der Wirtschaft an Strukturveränderungen. Statt dessen setzt sich die SPD für den Ausbau der Mitbestimmung auf allen Ebenen und eine schärfere Kontrolle der Macht der Banken ein.

④ Als wichtigstes Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird die Verkürzung der Wochenarbeitszeit angesehen. Die SPD wird die Forderungen der Gewerkschaften nach Einführung der 35-Stunden-Woche und nach Begrenzung der Überstunden voll unterstützen. Da half es auch Dohnanyis Warnung wenig, daß für die privaten und öffentlichen Unternehmen der „große Sprung“ zur 35-Stunden-Woche nicht zu verkraften sei. wst

Sinnlose Drohhappelle

„Der freie Bürger soll selbst entscheiden, ob er im Auto den Gurt anlegt. Ich halte nichts von Zwang und Bußgeld!“. So sprach einst der Verkehrsminister und setzte auf die Vernunft. Vergeblich, wie alle Welt weiß. Alle Appelle fruchteten wenig. Erst als das Bußgeld kam, stieg die Anlegequote und sank die Todesrate auf den Straßen.

Obwohl die Beispiele des Auslands vorgewarnt hatten, wartete man zu lange. In England beispielsweise ging man früh mit saftigen Strafen an das Problem heran – mit der makabren Folge, daß „Ersatzteil-Mediziner“ über fehlende Unfalltode Klage führten.

Werbeprofis wissen es schon lange: Die Drohung mit der Angst bewirkt wenig. Sonst hätte etwa der Zigarettenkonsum drastisch abnehmen müssen. Die Werbung macht deshalb auf positiv. So zeigen beispielsweise Versicherer, Banken und alle, die mit der Zukunft zu tun haben, nur glückliche Familien. Selbstredend alle jung, dynamisch und fröhlich.

Nichts ist schwerer, als eingefahrene Verhaltensweisen zu ändern, so, wie es fast unmöglich ist, Vorurteile anzubauen. Deshalb ist der jüngste Vorschlag, all diejenigen, die nicht an der jährlichen Krebsvorsorge teilnehmen, finanziell zu benachteiligen, durchaus diskussionsfähig.

Drohen allein zieht nicht. Bei den Amerikanern ist das, mentalitätsbedingt, etwas anders. Dort ist es nichts Ungewöhnliches, wenn etwa eine Unfallversicherung in einem Werbebrief schreibt: „Unser Kunde X. schloß letzte Woche eine Unfallversicherung ab. Gestern wurde er tödlich überfahren. Seine Frau erhielt 100 000 Dollar. Schon morgen können Sie der Glückliche sein . . .“ UM